

## Niederschrift

über die 4. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Geilenkirchen am Dienstag, dem 24.08.2021, 18:00 Uhr in der Aula der Städtischen Realschule, Gillesweg 1, 52511 Geilenkirchen

### Tagesordnung

1. Präsentation der Ergebnisse der Online - Jugendbefragung zur Jugendhilfeplanung  
Vorlage: 2307/2021
2. Verteilung der Landeszuschüsse für plusKita und Sprachförderung  
Vorlage: 2308/2021
3. Bericht der Verwaltung über die aktuelle Situation der Kindertagesbetreuung in Geilenkirchen  
Vorlage: 2309/2021
4. Bericht der Verwaltung über den Einsatz der Mittel aus dem Aktionsprogramm "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche"  
Vorlage: 2310/2021
5. Bericht der Verwaltung über den Stand der Planung zur Einrichtung einer Beratungsstelle für Fälle sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche im Kreis Heinsberg  
Vorlage: 2311/2021
6. Neufassung der Richtlinien über finanzielle Leistungen im Rahmen der Jugendhilfe  
Vorlage: 2312/2021
7. Anfragen

### **Anwesend waren:**

#### Vorsitzender

1. Michael Kappes

#### Stimmberechtigtes Mitglied nach §71 I Ziff. 1 SGB VIII

2. Cornelia Banzet
3. Hans-Jürgen Benden
4. Ingrid Grein
5. Katharina Horrichs-Gerads
6. Judith Jung-Deckers
7. Dirk Kochs
8. Kathrin Prein
9. Anke Schiffer

#### Stimmberechtigtes Mitglied nach § 71 I Ziff. 2 SGB VIII

10. Dietmar Ernst
11. Stefanie Fritz-Begas
12. Andreas Wagner
13. Marianne Weisweiler

Beratendes Mitglied nach § 5 AG-KJHG i.V.m. § 4 III Satzung

14. Ruth Bürsgens
15. Bernhard Kozikowski
16. Jana Meier
17. Tatjana Neumann
18. Dirk Riechert
19. Bürgermeisterin Daniela Ritzerfeld
20. Klaus Rudzki
21. Wilfried Schulz
22. Sebastian Winkens

von der Verwaltung

23. Erster Beigeordneter Herbert Brunen
24. Sonja Frings
25. Michael Goebbels
26. Hermann-Josef Lehnen

Protokollführerin

27. Andrea Brockmann

Es fehlten:

28. Peter Barwinski
29. Kriminalhauptkommissar Hermann Deffur
30. Petra Friedrichs
31. Sebastian Herweg
32. Gertrud Pacilli
33. Heinz Pütz
34. Beate Schmidt
35. Björn Speuser
36. Ruth Thelen
37. Jennifer Ueberwolf

Der Ausschussvorsitzende eröffnete um 18:00 Uhr die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder, Zuschauer sowie die Vertreter der Presse. Er teilte mit, dass sich die Mitglieder Speuser, Schuricht, Herweg, Barwinski, Pütz, Pacilli und Schmidt für die Sitzung entschuldigt hätten. Zu der Sitzung sei form- und fristgerecht eingeladen worden. Gegen die Niederschrift der letzten Sitzung seien bislang keine Bedenken geäußert worden. Auf Nachfrage wurden solche auch in der Sitzung nicht geäußert. Die Beschlussfähigkeit wurde ebenfalls festgestellt.

Herr Kappes gab den Hinweis, dass Fr. Krollmann (von der Koordinierungsstelle Frühe Hilfen des Kreises Heinsberg) absprachegemäß zur Sitzung eingeladen worden, jedoch verhindert sei und in der nächsten Sitzung die Arbeit der Koordinierungsstelle vorstellen werde.

**TOP 1 Präsentation der Ergebnisse der Online - Jugendbefragung zur Jugendhilfeplanung  
Vorlage: 2307/2021**

Frau Bürgermeisterin Ritzerfeld leitete zu diesem Tagesordnungspunkt ein und erläuterte den Hintergrund dieser Befragung. Ziel sei eine grundsätzliche Überprüfung und das Überdenken der bisherigen Jugendhilfeplanung gewesen. Nur von den Jugendlichen selber könne man erfahren, wo Ausbaupotenzial bestehe und man nachsteuern müsse. Sodann präsentierte Frau Frings die Ergebnisse der Online-Befragung. Die Präsentation ist im Anhang beigefügt.

Zunächst gab Fr. Frings den Hinweis, dass diese Präsentation gekürzt worden sei und es zeitnah eine ausführlichere Version online auf der Homepage der Stadt geben werde. Eine solche Befragung der Jugendlichen (Alter zwischen 10 und 21 Jahren) sei in Geilenkirchen nun erstmals im Rahmen der Sozialraumanalyse durchgeführt worden um die Attraktivität der Stadt, des Vereinslebens sowie der Quartiersarbeit zu ermitteln und daraus bedürfnisangepasste Angebote ausarbeiten zu können. Insgesamt hätten 301 Jugendliche an der Befragung teilgenommen. Im Ergebnis ergebe sich, dass der ÖPNV, gerade in den Außenorten, nicht genügend ausgebaut und zu teuer sei. Zudem sei der Sicherheitsaspekt immer wieder genannt worden, da sich viele Jugendliche an den bekannten Treffs (Wurmauenpark, Skateanlage) nicht sicher genug fühlen und diese deshalb nicht aufgesucht werden würden.

Aufgrund der Corona-Pandemie sei es schwierig gewesen, mehr Kinder und Jugendliche zu erreichen. Die Schulen seien zwar direkt und mehrfach angesprochen worden, wegen temporären Schulschließungen bzw. Home-Schooling sei der Kontakt zu den Jugendlichen trotzdem nur schwer aufzubauen gewesen. Künftige Jugend-Befragungen würden für eine höhere Repräsentativität besser geplant und aufgestellt werden. Frau Bürgermeisterin Ritzerfeld konstatierte, dass das Ergebnis insgesamt jedoch wenig überraschend sei. Es bestehe Ausbaubedarf, da das bestehende Angebot zwar gut aber nicht ausreichend erscheine.

Frau Banzet schlug vor, bei künftigen Befragungen die Vereine aktiv mit einzubeziehen. So könnten die Jugendlichen nicht nur über die Schulen erreicht werden.

Um schon bestehende Plätze und Treffs aufzuwerten, sei es nötig dort aktiv gegen die vorgebrachten Aspekte (Unsicherheitsgefühl/Kriminalität/Drogenkonsum) vorzugehen und diese aufzuwerten. Parallel müssten auch die Außenorte attraktiver gestaltet und ein breites Angebot geschaffen werden um die verschiedenen Schichten und Interessen anzusprechen.

## **TOP 2      Verteilung der Landeszuschüsse für plusKita und Sprachförderung Vorlage: 2308/2021**

Frau Grein konstatierte, dass die Notwendigkeit bestehe in allen Schichten Sprachförderung anzubieten, jedoch nicht jedes Kind einen solchen Bedarf hätte. Für die kommende Mittelvergabe sollten daher die Kriterien überarbeitet werden und im Vorlauf dazu bereits im Ausschuss beraten werden. Hierzu erläuterte Herr Lehnen, dass die rechtlichen Vorgaben für die Verteilung der Mittel für das Kindergartenjahr 2023/2024 noch nicht bekannt seien. Man habe bisher versucht das Budget auf alle Träger (außer auf die Stadt selber) zu verteilen, damit diese die Mittel einrichtungsübergreifend und bedarfsorientiert verwenden könnten.

Herr Benden fragte nach, wie die Mittel konkret eingesetzt werden würden und schlug vor, den Beschlussvorschlag zu erweitern:

„Die Verwendung und Kriterien zur Verwendung der Mittel sollen dokumentiert und jährlich im Ausschuss vorgestellt werden.“

Herr Lehnen äußerte hierzu nochmals, dass die Kriterien durch das Land vorgegeben seien. Mit den Mitteln sollten beispielsweise die Personalkosten des Personals gedeckt werden, welches sich aktiv um Sprachförderung in der jeweiligen Kita kümmere. Zudem müssten die Träger bereits jährlich einen Verwendungsnachweis dem Land gegenüber erbringen, um die konkrete und korrekte Verwendung der Mittel nachzuweisen. Hierdurch nehme das Land bereits eine Überprüfung vor. Im Ausschuss kam man überein, dass dieser Nachweis auch dem Ausschuss gegenüber erbracht werden möge.

Die Ausschussmitglieder Frau Fritz-Begas und Herr Wagner wurden seitens des Vorsitzenden für befangen erklärt. Beide Mitglieder nahmen daher an der Abstimmung nicht teil. Es wurde sodann über den geänderten Beschlussvorschlag abgestimmt.

### **Geänderter Beschlussvorschlag:**

Die Kita Lütticher Straße 30 der AWO sowie die katholische Kita St. Mariä Namen in Gillrath werden für die Dauer der Kita-Jahre 2021/2022 bis 2024/2025 zu plusKitas benannt und erhalten in diesem Zeitraum jeweils einen jährlichen Förderbetrag i. H. v. 30.249,00 €, der sich jährlich um eine per Erlass mitgeteilte Fortschreibungsrate erhöht. Die städtischen Kitas Bauchem und Teveren, die Kita Jahnstraße der AWO, die Kita Triangel der Lebenshilfe, die Kita Waldwichtel in der Selfkantkaserne sowie die katholische Kita St. Anna in Tripsrath erhalten in dem vorgenannten Zeitraum die in der Anlage aufgeführten Förderbeträge, welche ebenfalls anhand der Fortschreibungsrate jährlich erhöht werden. Die Verwendung der Mittel sowie die Kriterien zur Verwendung werden jährlich dem Ausschuss vorgestellt und dokumentiert.

### **Abstimmungsergebnis:**

Dem geänderten Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

### **TOP 3 Bericht der Verwaltung über die aktuelle Situation der Kindertagesbetreuung in Geilenkirchen Vorlage: 2309/2021**

Herr Lehnen gab an, dass die Kita Wurmmatrosen die Räumlichkeiten an der Martin-Heyden-Straße Ende Juli bezogen habe. Die schon bestehenden zwei Gruppen seien umgezogen, die dritte Gruppe sei aufgenommen worden. Die vierte Gruppe sei noch nicht voll belegt, da noch ein Teil des Personals fehle. In der Zeit zwischen November 2021 und Januar 2022 werde zusätzliches Personal beginnen können, so dass diese vierte Gruppe vollständig besetzt werden könne. Parallel hierzu habe die Lebenshilfe die frei gewordenen Räumlichkeiten „An der Friedensburg“ bezogen und zwei Gruppen eröffnet, so dass erstmalig alle Kinder mit Förderbedarf, die schon in die Kita sollen, versorgt seien. Bezüglich des Neubaus der Kita Hünshoven durch die Lebenshilfe teilte Herr Lehnen mit, dass der Träger bald die Förderanträge und Pläne beim Land einreichen könne. Sobald hierüber entschieden wurde, könne mit dem Bau begonnen werden.

Derzeit seien im Ü3-Bereich Kapazitäten frei, so dass der U3-Bereich künftig ausgebaut werden könne.

Hinsichtlich der Kita der AWO am Beamtenweg berichtete Herr Lehnen, dass das große Haus gänzlich unter Wasser gestanden habe und derzeit nicht nutzbar sei. Das kleinere Haus habe keine größeren Schäden erlitten, so dass zwei Gruppen weiterhin dort betreut würden. Die anderen vier Gruppen seien in der Ferienzeit in der AWO Jahnstraße aufgenommen worden. Mittlerweile seien diese auf vier andere Kitas aufgeteilt worden und dort in den jeweiligen Bewegungsräumen untergebracht. Etwa Mitte September werden Container aufgestellt werden können, die als Übergangslösung dienen sollen. Herr Wagner ergänzte, dass es wohl etwa ein Jahr dauern werde, bis der Betrieb im großen Haus wieder aufgenommen werden könne. Er dankte zudem der Verwaltung, dass die Beschaffung der Container und deren Aufbau sehr unkompliziert und zielführend erfolgt seien. Herr Lehnen dankte zudem den vier Einrichtungen und deren Trägern, die die vier Gruppen zusätzlich aufgenommen hätten.

**TOP 4 Bericht der Verwaltung über den Einsatz der Mittel aus dem Aktionsprogramm "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche"  
Vorlage: 2310/2021**

Herr Schulz erklärte, dass für die Verwendung der Mittel seitens des Bundes kein Konzept gefordert werde und man dadurch sehr frei beim Einsatz dieser sei. Dieses unbürokratische Vorgehen führe man gegenüber den Trägern fort, so dass diese beispielsweise keinen Antrag stellen müssten. Ab dem kommenden Montag würde die Arbeit in den Schulen in Kooperation mit dem Träger „KraCh“ aufgenommen werden. In allen neun Schulen in Geilenkirchen würden Gruppen mit jeweils 10 Schülern gebildet werden um gemeinsam Verpasstes aufzuholen. Im Zille werde in Zusammenarbeit mit der Musikschule oder dem „House of Music“ ein Gitarren-Kurs angeboten. Man trete zudem an weitere Träger heran um zusätzliche Angebote zu schaffen. Die Jakob-Muth-Schule in Gangelt sei bisher nicht bedacht worden, dies hänge jedoch damit zusammen, dass diese Schule von Schülern aus verschiedenen Kommunen besucht werde und es einen höheren Abstimmungsbedarf zwischen diesen Kommunen gebe.

Frau Banzet gab den Hinweis, dass man für den Anteil der 30 %, welcher in Form der freien Jugendarbeit verwandt werden könne, auch auf die Vereine zugehen könne. Diese hätten oft eine gute Übersicht, wo ggf. noch Bedarfe bestehen. Dadurch könne ggf. das bestehende Angebot erweitert werden. Hierzu teilte Hr. Goebbels mit, dass es für Vereine noch ein separates Förderprogramm gebe, so dass diese nicht unbedacht blieben.

**TOP 5 Bericht der Verwaltung über den Stand der Planung zur Einrichtung einer Beratungsstelle für Fälle sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche im Kreis Heinsberg  
Vorlage: 2311/2021**

Frau Bürgermeisterin Ritzerfeld berichtete über den aktuellen Planungsstand für die Beratungsstelle. Zum Zeitpunkt der Sitzung im Juni 2021 war eine zentrale Beratungsstelle im Kreisgebiet mit 4 ½ Stellen geplant gewesen, von deren Personalkosten 80 % das Land übernehmen werde. Hier hätten schon mehrere Träger ihr Interesse bekundet. Zwischenzeitlich hätten mehrere Sitzungen auf Arbeitsebene stattgefunden, wobei man überlegt habe, drei Beratungsstellen an drei Standorten im Kreis verteilt mit je 2 Personen zu etablieren. Bei dieser Variante würden alle Träger berücksichtigt werden können. Hierbei handele es sich aber noch nicht im einen festgelegten Plan, sondern vielmehr um eine Option, die diskutiert werde.

**TOP 6 Neufassung der Richtlinien über finanzielle Leistungen im Rahmen der Jugendhilfe  
Vorlage: 2312/2021**

Herr Schulz erläuterte, dass sich die Richtlinien zum Großteil auf Leistungen für Pflegefamilien beziehen würden. Diese würden einen entsprechend großen Anteil der gewährten Hilfeformen darstellen (derzeit befänden sich 43 Kinder in Vollzeitpflegestellen bei insgesamt 34 Pflegefamilien). Im Gegensatz hierzu seien derzeit 64 Kinder in Heimerziehung untergebracht. Dieses Verhältnis sei früher umgekehrt gewesen, so dass sich ein stetig steigender Bedarf an weiteren Pflegefamilien abzeichne um Kinder dort und nicht in Heimen unterbringen zu können. Mit der Neufassung der Richtlinien soll den Aufwendungen und dem, was die Pflegefamilien leisten, Rechnung getragen werden um nicht Gefahr zu laufen diese zu verlieren. Hier erfolgte der Aufruf, gerne auch im Bekanntenkreis Werbung für die Arbeit als Pflegefamilie zu machen, das Jugendamt stehe jederzeit zur Verfügung, wenn sich Familien informieren wollten.

Im Ausschuss kam man überein, dass die Richtlinien regelmäßig (alle 5 Jahre) neu aufgelegt werden sollten. Der Beschlussvorschlag wurde daraufhin geändert.

#### **Geänderter Beschlussvorschlag:**

Die Richtlinien über finanzielle Leistungen im Rahmen der Jugendhilfe werden gemäß der in der Anlage beigefügten Fassung beschlossen und sollen spätestens alle 5 Jahre durch die Verwaltung des Jugendamtes auf Aktualität überprüft sowie dem Jugendhilfeausschuss zur Beratung vorgelegt werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der geänderte Beschlussvorschlag wurde einstimmig angenommen.

#### **TOP 7      Anfragen**

Frau Banzet erkundigte sich, ob Fälle bekannt seien, wo Schüler unmittelbar von dem Hochwasser betroffen gewesen seien, so dass um Hilfe für die Ersatzbeschaffung von Schulmaterialien gebeten wurde. Herr Brunen teilte mit, dass ihm keine solchen Fälle bekannt seien. Er selber habe viele Gespräche mit Betroffenen geführt. Oftmals ginge es um Hilfen für Mobiliar und/oder Elektrogeräte, welche vom Hochwasser in Mitleidenschaft gezogen worden seien.

Die Sitzung wurde um 20:10 Uhr durch den Vorsitzenden beendet.

Gez. Kappes  
Vorsitzender

Gez. Brockmann  
Schriftführerin